



ANDRS für die Wiedereinführung einer Bezegg-Sul auf dem Landhausdach

Nachdem die Vorarlberger Landesregierung sich beharrlich weigert, die COVID-19-Förderungen von Unternehmen aus Steuergeld zu veröffentlichen und auch bei anderen Zusammenhängen mehr der Verdunkelung als der Transparenz anhängt, schlägt ANDRS vor, dass von einem Seilbahnunternehmen aus einer Seilbahnstütze eine Bezegg-Sul auf dem Dach des Landhauses gebaut wird.

Alle Mitglieder der Landesregierung, die gegen die Veröffentlichung von COVID-19-Förderungen und anderen Steuergeschenken an Unternehmen und Private sind, werden dort in eine Raum auf mindesten zehn Meter Höhe über dem Landhausdach, nur bei Wasser und Brot und ohne die Möglichkeit von Internet oder Mobiltelefonnutzung und ohne Sekretärin/Sekretär und Kaffee solange darüber debattieren dürfen, bis sie breit sind, den Bürgern die notwendige Transparenz bei der Verwendung von Steuergeld einzuräumen.

ANDRS geht davon aus, dass die Debatten der Landesregierung dann sehr rasch beendet sein werden und dem Steuerzahler auch dadurch weniger Kosten entstehen, als wenn die Damen und Herren durch gemütliche Büros flanieren. Zudem haben die Bürger die Möglichkeit die Damen und Herren der Landesregierung genauestens zu beobachten, ob sie auch fleißig am Debattieren sind und den Auftrag der Wähler gut erfüllen.



Aus Kostengründen soll der Mast ein gebrauchter Seilbahnmast sein, der bei einem heimischen Seilbahnhersteller sicherlich um wenig Geld zu erwerben ist. Der Zustieg zum Beratungsraum an der Mastspitze soll, soweit möglich, im Inneren des Mastes erfolgen über modische und politisch neutrale Leitern aus Stahl in Regenbogenfarben. Das ganze Werk ist sehr gut mit der Blitzschutz- und Erdungsanlage des Landhauses zu verbinden, da damit zu rechnen ist, dass aufgrund der Exponiertheit der neuen Bezegg-Sul der Blitz öfter darin einschlagen wird (es muss einigen Bürgern uU erläutert werden, dass das ein Naturphänomen und nicht der Zorn eines Gottes/Göttin ist).

Damit keine Gefährdung der beratenden Regierungsmitglieder während dem Gewitter eintritt, ist der Beratungsraum als Faradayscher Käfig ausgebildet und daher innen ein feldfreier Raum und elektrisch abgeschirmt. Dies hat auch den Vorteil, falls doch einmal versehentlich ein Mobiltelefon, Laptop, Tablet oder ähnliches in den Beratungsraum gelangen sollte, dieses Gerät darin nicht funktioniert.

Der Baukörper selbst wird, vor allem bei herannahendem Gewitter, sehr wahrscheinlich wunderschön von Elmsfeuer umgeben sein. Auch dadurch besteht natürlich keinerlei Gefahr für die beratenden Regierungsmitglieder. Es muss diesen natürlich empfohlen werden, keine Körperteile aus dem Beratungsraum (= Faradayscher Käfig) hinauszuhalten, wenn ein Gewitter aufzieht oder im Gange ist. Es sollten also zB keine weißen Fahnen oder ähnliches in diesem Zeitraum zu irgendwelchen Signalisierungen gewunken werden.

Die Finanzierung der neuen Bezegg-Sul soll durch Eintrittsgelder erfolgen. Es ist mit Baukosten von geschätzt rund 70.000 Euro zu rechnen. Da damit zu rechnen ist, dass diese neue Bezegg-Sul in Kürze eine Touristenattraktion sein wird, soll pro Person 1 Euro Besichtigungsgebühr eingehoben werden (Kinder und Pensionisten die Hälfte, Schulklassen gratis). So ist damit zu rechnen, dass das Gewerk innert drei Jahren vollständig bezahlt ist und die weiteren Eintrittsgelder der Finanzierung des Unterhalts der neuen Bezegg-Sul und des Wassers und Brots der beratenden Regierungsmitglieder dienen kann. Der Überling geht an Wohlfahrtsorganisationen im Land die bisher keine staatlichen Förderung erhalten.

Es ist leider davon auszugehen, dass es zu Verunreinigungen durch Menschen kommt, die Abfall aus dem Beratungsraum nach unten werfen. Bei normalen Menschen (Nichtlandespolitikern) soll beim ersten Mal mit einer Ermahnung das Auslangen gefunden werden, im Wiederholungsfall dürften zehn Euro Strafe angemessen sein. Bei den beratenden Regierungsmitgliedern hingegen soll die Sanktion schärfer ausfallen. Herunterwerfen von Abfall, dazu zählen auch Hilferufe auf Papierfetzen oder ähnliches, sollen beim ersten Mal mit 500 Euro Strafe sanktioniert werden, beim zweiten Mal mit einem Monatsgehalt (brutto) und beim dritten Mal (Three Strikes and you're out) mit dem Verlust des Regierungsamtes.

Die Einrichtung soll aus modischen und schicken Palettenmöbeln sein. Es werden voraussichtlich bei der Herstellung der Möbel einige Handwerke sich freiwillig anbieten, diese von Paletten in Möbel zu verwandeln, ansonsten sollte bei der Stadt Bregenz angefragt werden, ob es einen Zuschuss gibt oder fachliche Unterstützung bei der Herstellung. Falls die Palettenmöbel einen oder mehrere Holzwürmer als Behausung dienen, so ist dies nicht nachteilig. Die beratenden Regierungsmitglieder können dann in einer Beratungspause oder wenn es länger nicht zu einer Einigung kommen sollte, diesen Holzwürmern bei der Arbeit zusehen.

Der Beratungsraum ist in Form der neuen Vorarlberger Schuhschachtelbaukunst ausgebildet und entspricht daher höchsten ästhetischen Ansprüchen und wird sicherlich innert kürzester Zeit mit einem Architektenpreis ausgezeichnet und weltweit bekannt werden. Dadurch steigen wiederum die Einnahmen aus dem Städtetourismus, was indirekt dem Landesbudget zugutekommt. Für alle also eine Win-Win-Situation.

ANDRS erhebt keinen Anspruch auf Schutz dieser Idee und empfiehlt solche eine Bezegg-Sul auch in jeder der Gemeinden in Vorarlberg einzurichten.

Das Team der offenen Wahlplattform ANDRS (Menschen eine Möglichkeit geben)

Bernhard Amann

RA DR. Anton Schäfer LL.M.